



# Spree(rh)einblicke

Informationen von Detlev Pilger, MdB

Nr. 014 - April 2015



Liebe Genossin,  
lieber Genosse,

die letzten Wochen waren insgesamt sehr spannend - aber auch ziemlich sportlich: Von fünf Wochen war ich vier in Berlin. Dazwischen gab es leider nicht viel Zeit für den Wahlkreis. Dennoch habe ich aus allen Regionen mitgeteilt bekommen, dass es bei der Flüchtlingsunterbringung große Schwierigkeiten gibt. Gleichzeitig gab es aber auch die Rückmeldung, dass den Menschen, die sich in ihren Herkunftsländern oft an Leib und Seele bedroht fühlen, unbedingt geholfen werden muss. Uns allen ist bewusst: Der Umgang mit den Flüchtlingen stellt uns vor gewaltige Aufgaben. Sprachkurse, Ortskenntnisse und der Umgang mit den einfachen Lebensgrundlagen sowie die dringend benötigte menschliche Wärme, sind nicht alleine durch die öffentliche Hand zu bewerkstelligen. Jene Hilfesuchenden brauchen das wichtige ehrenamtliche Engagement aus der Bevölkerung.

In den letzten Tagen hat mich eine engagierte Frau gemeinsam mit einem jungen Mann aus dem Iran und einem jungen Mann aus Syrien besucht und um Hilfe gebeten. Beide fürchten sich vor einer möglichen Abschiebung! Ich habe in diesem einen Fall den Petitionsausschuss des Bundestages angeschrieben, im anderen Fall das Bundesamt für Flüchtlinge. Darüber hinaus versuche ich den beiden Männern eine Ausbildungsstelle bzw. einen Arbeitsplatz zu vermitteln. Die Bundesregierung hat für dieses Jahr zusätzlich 500 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen in den Haushalt eingestellt. Dies kann nur ein Anfang sein. Diese Summe muss dringend erhöht werden. In diesem Zusammenhang habe ich auch die Landesregierung angeschrieben und um dringende Zuweisung der Gelder gebeten.

Die zusätzlichen Mitarbeiter, die die Asylanträge bearbeiten sollen, leisten gerade in diesen Tagen einen enorm guten und stressigen Job – schließlich geht es um individuelle Schicksale. Aber sie sind gegenwärtig einfach zu wenige, um eine zügige Bearbeitung all der Fälle zu gewährleisten. Bei allen Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig haben: als reiches Land müssen wir unser Möglichstes tun, damit die Menschen sich bei uns angenommen und willkommen fühlen. In den kommenden Wochen stehen wir in Berlin vor schwierigen Entscheidungen. TTIP und Fracking sind nur die Spitze des Eisbergs. Wenn hierbei nicht alle Bedenken ausgeräumt werden und die vielen kritischen Befürchtungen kein Gehör finden, werde ich dem Abkommen bzw. Gesetz nicht zustimmen! Vereinbarungen die unumkehrbare Entscheidungen mit sich bringen und bei denen nicht abgeschätzt werden kann, welche Auswirkungen sie auf Mensch und Natur haben, lassen bei mir große Skepsis aufkommen.

Ansonsten freue ich mich auf die kommenden Wochen in Berlin aber auch immer wieder ganz besonders darauf im Wahlkreis zu sein! Ab sofort sollten wir uns gemeinsam auf den Landtagswahlkampf einstellen, denn unser Land braucht auch weiterhin unsere Malu Dreyer mit ihrem gesamten Team!

Wer Malu übrigens hautnah erleben möchte, den lade ich schon heute für den 15. April ins Forum Confluentes auf dem Zentralplatz ein. Ab 18 Uhr spricht Malu über ihre Ideen und Visionen für 'unser Land von morgen'.

Macht's gut und bis bald Euer

*Detlev Pilger*

Detlev Pilger

## Malu Dreyer kommt...

**MITTWOCH, 15. APRIL 2015**

**UM 18:30 UHR IM**

**FORUM CONFLUENTES**

**UNSER LAND  
VON MORGEN**





## Plenum Live, 26. März 2015 Für verbindliche Regeln im internationalen Sport

**Menschenrechte achten, Umwelt schützen, Korruption bekämpfen**



Sport ist eine der schönsten Nebensachen der Welt, begeistert Menschen, erhält die Gesundheit, verschafft Emotionen und dient

der Integration und der Völkerverständigung. Welches Bild jedoch die Bevölkerung vielfach von sportlichen Großveranstaltungen hat und welche Befürchtungen damit verbunden werden, hat uns der Bürgerentscheid zur Olympiabewerbung in München und Garmisch-Partenkirchen, aber auch in anderen europäischen Ländern deutlich gemacht. Die Olympiade in Sotschi und die WM in Brasilien haben diese Einschätzungen weiter verstärkt: Dort wurden gigantische Sportstätten ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur gebaut; die Arbeitsbedingungen waren unmenschlich, und es gab wenige Nachnutzungskonzepte.

In Brasilien wurden zum Teil Stadien für Zigtausende Besucher in biologisch hochsensiblen Gebieten gebaut, in denen heute nur wenige Hundert Menschen Sportveranstaltungen verfolgen. Diese Stadien sind schon heute dem Zerfall gewidmet.

Die Abgründe, die sich im Rahmen der WM-Vergabe in Katar auftun, sind jedoch wohl kaum zu überbieten. Die Verantwortlichen haben immerhin „nur“ vier Jahre gebraucht, um zu erkennen, dass es im Sommer in der Wüste zu heiß ist, um Fußball zu spielen. Beim Bau der Stadien werden Menschen- und Arbeitsrechte nicht geachtet. Momentan sind mehr als 13 000 Gastarbeiter in Katar.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fällte 2014 ein vernichtendes Urteil – Zitat –: Ausländische Beschäftigte werden wie Sklaven behandelt. Schuld daran sei das Kafala-System, bei dem die Arbeiter dem Arbeitgeber gehören: Er nimmt ihnen den Pass ab, lässt sie sechs Tage in der Woche zehn Stunden am Tag in der Hitze schuften, so

dass bisher schon Hunderte Arbeiter auf den Baustellen gestorben sind. Appelle, Abhilfe zu schaffen, verhallen. Wo bleibt der Aufschrei der Würdenträger? Wo bleibt die längst überfällige Bildung einer unabhängigen Kommission, die die Zustände kontrolliert?

Damit nicht genug: Bereits heute steht die FIFA im Hinblick auf die WM 2018 vor einem weiteren hausgemachten Problem. Je näher der Zeitpunkt der WM in Russland rückt, desto häufiger werden die Rufe nach einem Boykott laut. – Alles nichts Neues. Die Vergangenheit hat bereits vielfach gezeigt, dass die Unterdrückung der Opposition und die Verletzung der Menschenrechte keine Ausschlusskriterien für die Ausrichtung von sportlichen Großveranstaltungen sind. Mit diesem System wird billigend in Kauf genommen, dass sich politische Herrscher öffentlichkeitswirksam in Szene setzen.

Doch zurück nach Katar. Ich kenne niemanden, der die Vergabe der WM in den Wüstenstaat gutheißen würde. Aber ich kenne auch keine Scheichs, die die eigentlichen großen Gewinner dieser WM sind. Man erkennt das schlechte Gewissen der FIFA, die nun die Spieler abgebenden Vereine

mit den doppelten Summen entschädigt. Wenn sich alle Europäer einig wären, dann sollten sie diese WM boykottieren. Dann soll das System Blatter doch mal eine WM ohne Spanier, Italiener, Engländer, Holländer, Franzosen und Deutsche spielen! Das wäre ein deutliches Zeichen.

Denn dass sich die FIFA von selbst reformiert, ist so unwahrscheinlich wie ein Wintereinbruch in Katar.

Mich und Millionen Fußballbegeisterte, die sich auf die Spiele vorbereiten und äußerst freuen, würde das zutiefst treffen. Aber den Preis würde ich zahlen und mich in dieser Zeit dann stattdessen auf den Advent und Weihnachten vorbereiten.

Wenn Großveranstaltungen ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen sollen, darf es zukünftig nicht mehr zu solchen Vergaben kommen. Wir brauchen Vergaberichtlinien, die mit den Sportorganisationen diskutiert und abgesprochen



Die ganze Rede als Video ansehen - Hierzu einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Smartphone scannen oder den nachfolgenden Link in den Browser eintippen.  
[http://bit.ly/Pilger\\_Plenum\\_Maerz15](http://bit.ly/Pilger_Plenum_Maerz15)



# Spree(rh)einblicke

Informationen von Detlev Pilger, MdB

Nr. 014 - April 2015



werden. Dieser Katalog muss sich an ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausrichten und ein schlüssiges Nachnutzungskonzept ausweisen. Gelingt das nicht, verlieren solche sportlichen Großveranstaltungen zusehends an Akzeptanz und verfehlen das Gefühl einer sportlichen Weltfamilie.

Zu dieser gehören auch die Hunderte von Gastarbeitern in Katar, die bereits auf den Baustellen ihr Leben gelassen haben und deren Familien nun ohne Ernährer überleben müssen.

## 100 Tage Mindestlohn - 100 Tage arbeitsmarktpolitischer Fortschritt

Seit nunmehr 100 Tagen gibt es mit dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eine Lohnuntergrenze, die viele Beschäftigte unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen macht. Zeit, auch hierbei nach gutem Brauch in der Politik nach 100 Tagen eine erste Bilanz zu ziehen - und diese fällt durchweg positiv für alle Beteiligten aus: Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält weiter an und der Mindestlohn sorgt für ein Umsatzplus im Einzelhandel.

„Der Mindestlohn sorgt seit 100 Tagen dafür, dass rund 3,7 Millionen Menschen endlich einen anständigen Lohn erhalten und Lohndumping ein Ende gesetzt wird. Und das ist gut so, denn wir brauchen mehr ehrliche Arbeit, nicht weniger – das ist soziale Marktwirtschaft“, erklärt Detlev Pilger.

Der Einzelhandel profitiert vom Mindestlohn und die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass die Anzahl der Aufstocker – Personen, die trotz Erwerbstätigkeit Arbeitslosengeld II beziehen – zurückgehen wird. „Auch in Koblenz macht sich der Mindestlohn ganz konkret positiv bemerkbar. In der April-Ausgabe der monatlichen Veranstaltungsreihe '60 Minuten-SPD im Dialog' sagte die Leiterin der Arbeitsagentur Koblenz-Mayen Ulrike Mohrs, dass durch den Mindestlohn bisher keine negativen Auswirkungen für den Beschäftigungsmarkt auszumachen seien. Sie gehe zudem auch nicht davon aus, dass dem so kommen werde“, so Pilger, der sogleich anfügt: „Es gibt keine Jobverluste, es werden auch weiterhin im Niedriglohnbereich Arbeitskräfte gesucht.“

Diese Vorteile sehen auch die Bürgerinnen und Bürger: Laut einer repräsentativen Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind 86 Prozent der Deutschen für den Mindestlohn in Höhe von 8,50

## Umfrage

Wie finden Sie den Spree(rh)einblick eigentlich? Was sollte verbessert werden? Welche Themen möchten Sie öfters lesen?

Schreiben Sie uns Ihre Anregungen, Kritik und gerne auch, was wir in Ihren Augen gut machen an [detlev.pilger.mdb@bundestag.de](mailto:detlev.pilger.mdb@bundestag.de)!

Das Redaktionsteam

Euro. Leider zeige sich auch, dass vereinzelt Arbeitgeber versuchen würden, den Mindestlohn zu umgehen: „Die Dokumentationspflichten sind daher wichtig und zumutbar - gerade zum Schutz der ehrlichen Arbeitgeber. Denn nur korrekte Dokumentation und eine ordentliche Kontrolle legen die Axt an Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft und Dumpinglöhne“, so Pilger weiter.

Zudem erinnerte er daran, dass die Aufzeichnungspflichten nur für die neun Branchen gelten, die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannt sind. Dieses Gesetz gibt es seit Jahren. Der einzige Bereich, der neu hinzugekommen ist, sind die Minijobs – nur die gewerblichen, nicht die in Privathaushalten.



„Klar ist aber auch: Gute Politik lebt vom Dialog. Derzeit führt unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles Gespräche mit den Branchen, die Probleme bei der Umsetzung der Mindestlohn-Regelungen haben. Und es wird eine erste Bestandsaufnahme des Mindestlohngesetzes geben“, erklärt Pilger abschließend.